

Sprechzettel für Pressestatement BM

I. Gesamtbewertung

Es ist der Regierung nach intensiven Gesprächen gelungen, eine tragfähige Einigung für den Haushalt 2024 und für den Klima -und Transformationsfonds für die nächsten vier Jahre zu finden. Das war dringend notwendig.

Das Land, die Wirtschaft und auch unsere internationalen Partner brauchen Klarheit, Verlässlichkeit und einen Weg nach vorn. Dies stellen wir nun her.

Die Lösung ist solide. Wir halten die Schuldenbremse ein, beachten das Urteil des Verfassungsgerichts und wir haben erhebliche Sparanstrengungen und Konsolidierungen unternommen.

Ganz wichtig ist: Wir können fortsetzen, was wir angefangen haben: Eine Erneuerung der Industrie und Wirtschaft in Zeiten der globalen Krisen, des extremen Wettbewerbsdrucks und der Klimakrise.

Der Klima- und Transformationsfonds bleibt ein Fonds für die Bürgerinnen und Bürgern, für Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Auch wenn durch das Urteil mit einem Schlag 60 Milliarden Euro aus der Rücklage gestrichen werden mussten: Alle zentralen Programme werden konsequent fortgesetzt, so dass der Standort und die Wertschöpfung in der industriellen Transformation gesichert und zukunftsfähig gemacht wird, zigtausende Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden können.

Dazu gehören insbesondere die Klimaschutzverträge, der Ausbau einer Wasserstoffwirtschaft, die IPCEIs Wasserstoff und die Förderung der Halbleiter. Das ist wichtig: Der internationale Wettbewerb wird über die Umstellung auf Klimatechnologien geführt, nur wenn wir selbst investieren und damit private Investitionen ermöglichen, wird Deutschland hier mithalten können. Gerade hier geht es um die Sicherung von Wohlstand für das Land. Und damit auch um Teilhabe am Wohlstand.

Auch die Entlastungen, die wir mit dem KTF finanzieren, bleiben: Die EEG Umlage bleibt abgeschafft. Damit entlasten wir Bürger und Wirtschaft direkt beim Strompreis. Die Unterstützung beim Heizungstausch kommt, wie mit dem GEG versprochen. Das Strompreispaket für produzierenden Unternehmen kommt – also die Strompreiskompensation und die Senkung der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe.

Wir erreichen dies, indem wir im KTF umschichten, andere Finanzierungswege z.B. für die Bahninvestitionen nutzen und auch durch Einsparungen, z.B. bei den Maßnahmen des Baugipfels. Zudem wird es wieder einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt an den KTF geben. Das ist sachgerecht, weil neue Aufgaben wie die Mikrochip Förderungen aus dem Haushalt in den Fonds verlagert wurden. Und wir kehren ab 2024 beim nationalen CO₂-Preis zum Preispfad der Großen Koalition zurück. Wir bauen zudem in einem ambitionierten Schritt klima- und umweltschädliche Subventionen ab. Unter anderem werden wir Kerosin im nationalen Luftverkehr zukünftig besteuern und eine Plastiksteuer einführen. Das stärkt den Klimaschutz und hilft, Müllberge zu reduzieren.

Diese Einigung ist auch wichtig, um in der konjunkturellen Schwächephase, die wir erleben, jetzt schnell Sicherheit zu schaffen. Wir wissen: Investitionen schaffen Wachstum. Deshalb ist

es gut, wenn wir die Investitionsbremsen rasch lösen und- wie vereinbart – die Mittel dann zeitnah fließen können.

Wichtig ist auch: Wir investieren weiter in den sozialen Zusammenhalt und die Teilhabe der Menschen. Nach der massiven Inflation in Folge des russischen Angriffskrieges kostet uns das mehr Geld und dazu stehen wir. Aber wenn die Preise im Supermarkt steigen, braucht es höhere Löhne, mehr Netto vom Brutto und auch höhere Sozialleistungen. Klar ist dabei: Hilfe bekommen die, die sich nicht selbst helfen können. Wer aber arbeiten kann, der muss und soll auch arbeiten.

Und wir sichern die zugesagte Unterstützung der Ukraine und bereiten uns auf eine wachsende Verantwortung vor. Sollte eine erhebliche weitere Unterstützung notwendig werden, werden wir einen Überschreitungsbeschluss nach Artikel 115 des Grundgesetzes nutzen. Das ist ein klares Signal an die Ukraine und an Wladimir Putin.

Insgesamt hat uns das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vor große Herausforderungen gestellt. Es konnte unter den gegebenen Bedingungen nicht umgesetzt werden, ohne dass es auch zu Einschnitten kommt, bzw. wir manches nicht umsetzen können, das uns wichtig war.

Das wird für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen spürbar werden. Das ist uns bewusst. Aber im Sinne einer Gesamtlösung und der Handlungsfähigkeit sind diese Entscheidungen nötig. Nur so konnten wir eine Reihe von Entlastungen absichern und dafür Sorge tragen, dass Deutschland eine Chance hat, im globalen Wettbewerb mitzuhalten.

Dass wir uns einigen konnten, ging nur, weil am Ende alle bereit waren, etwas zu geben. Das ist gerade in diesen krisenhaften Zeiten besonders wichtig. Es braucht den Kompromiss und den Willen zur Lösung. Diesen Willen haben alle drei Regierungsparteien aufgebracht und sind über im Sinne einer Lösung über ihren Schatten gesprungen.

II. Überblick KTF

Der Klima- und Transformationsfonds bleibt ein starker Fonds für die Bürgerinnen und Bürger, für Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Das ist hart erarbeitet worden, mussten doch in Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts auf einen Schlag zunächst 60 Milliarden Euro aus der Rücklage gestrichen werden. **Es ist aber gelungen, die wichtigen Weichenstellungen, Förderungen und Investitionen im notwendigen und gebotenen Umfang fortzusetzen und die Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen abzusichern.**

- Alle gesetzlichen und alle bisher eingegangenen Verpflichtungen werden erfüllt. Auch alle Projekte mit einem sogenannten „vorzeitigen Maßnahmenbeginn“ können gefördert werden, wenn die nötigen Voraussetzungen erfüllt sind.
- Alle zentralen Transformations- und Industrieprojekte können umgesetzt werden, so dass der Standort gesichert und zukunftsfähig gemacht wird, zigtausende Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden können. Dazu gehören insbesondere die Klimaschutzverträge, der Ausbau einer Wasserstoffwirtschaft, die IPCEIs Wassers und die Förderung der Halbleiter. Das ist wichtig für Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit und für die Umstellung auf Klimaneutralität.
- Das Strompreispaket für produzierenden Unternehmen kommt. Aus dem KTF wird die Strompreiskompensation für die im internationalen Wettbewerb stehende besonders

energieintensive Industrie gesichert. Außerdem über den Kernhaushalt die vorgesehene Stromsteuersenkung für das produzierende Gewerbe umgesetzt.

- Die Bürgerinnen und Bürger werden weiterhin in großem Umfang finanziell unterstützt, wenn sie ihre Gebäude sanieren oder die Heizung auf Klimafreundlichkeit umstellen. Die beim Beschluss des GEG versprochene Förderung wird vollumfänglich kommen. Dabei gibt es eine starke soziale Komponente – wer weniger Geld hat, bekommt eine stärkere Förderung. Wir lassen niemanden mit dieser Herausforderung allein.
- Alle Bürgerinnen und Bürger und große Teile der Wirtschaft werden weiterhin beim Strompreis entlastet. Das geschieht, indem der Erneuerbaren Ausbau (EEG) weiterhin vollumfänglich über den KTF finanziert wird.
- Etwa die Hälfte des Fonds dient damit der Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern und auch Unternehmen.
- Der Vizekanzler hatte dabei nicht nur die Programme des BMWK im Blick. Im Bereich Verkehr kann der Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur weiter umfänglich vorangetrieben werden. Auch das Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz kann zum allergrößten Teil fortgesetzt werden. Genauso können die Maßnahmen zum Schutz der Moore und zum Humusaufbau unverändert fortgeführt werden.

Die Neustrukturierung des Klima- und Transformationsfonds nach dem Wegfall der 60 Milliarden wird durch drei Elemente ermöglicht: andere Finanzierungsquellen, Konsolidierung, neue Einnahmen.

1. Andere Finanzierungsquelle: Die geplanten Investitionen in die Schieneninfrastruktur von rund 13 Milliarden Euro (über den Finanzierungszeitraum 2024-2027) werden nicht mehr über den KTF finanziert werden. Stattdessen werden wir das Eigenkapital der Bahn noch einmal aufstocken, damit sie die Investitionen selbst finanzieren kann. Damit ist die dringend notwendige Investitionsoffensive in die Bahn weiterhin gesichert.
2. Ungefähr 30 Mrd. Euro werden durch Konsolidierung erbracht. Der Fokus des KTF wird auf Kernprojekte gerichtet, Kosteneffizienz rückt noch stärker in den Vordergrund, manches wird zeitlich gestreckt. Das wird natürlich auch spürbar sein. Manches, was wir gerne getan hätten, können wir nun nicht mehr tun. Aber diese Aufgabe war nach dem Urteil notwendig und die gefundene Lösung ist sozial, ökonomisch und klimapolitisch vertretbar.

Zur Konsolidierung gehören:

- Wir verzichten schweren Herzens auf einen Großteil der beim Baugipfel beschlossenen Ausweitungen im BEG. Dazu gehören etwa die Aufstockungen beim Geschwindigkeitsbonus oder beim Sanierungsfördersatz. Das Tempo bei der Wärmewende kann dadurch etwas sinken, aber die Wärmewende wird gleichwohl weiter konsequent und sozial ausgewogen kommen.
- Einige kleinere Förderprogramme werden auslaufen. Das heißt: nur noch bestehende Verpflichtungen werden ausfinanziert. Dazu zählt bedauerlicherweise etwa, dass der Umweltbonus früher ausläuft als geplant. Auch andere

Förderprogramme wurden gekürzt, z.B. das geplante Programm zum Aufbau von Transformationstechnologien, wiederum andere laufen nicht an.

Mit den Umschichtungen und Einsparungen sind wir einen enormen Schritt gegangen, können aber nicht den vollständigen Konsolidierungsbedarf erfüllen. Deshalb wurde neben den Ausgaben auch die Einnahmen betrachtet. Zum einen wird es ab 2025 wieder einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt geben -wie bis 2022 üblich. Dies ist auch sachgerecht, weil der Fonds zum Beispiel mit der Finanzierung der Mikrochip-Industrie neue Aufgaben übernimmt, die zuvor im Bundeshaushalt abgebildet waren.

Zum anderen haben wir gemeinsam in der Bundesregierung beschlossen, den nationalen CO₂-Preis für Gebäude und Verkehr moderat auf das Niveau anzuheben, dass die Vorgängerregierung aus Union und SPD festgelegt hatte. Dem entsprechend wird der CO₂-Preis 2024 45 Euro pro Tonne CO₂ betragen. Dies war notwendig, da andernfalls essentielle Unterstützungen und Entlastungen aus dem KTF nicht mehr zu finanzieren gewesen wären. Die Einnahmen aus dem CO₂ Preis sichern die Abschaffung der EEG Umlage – zu 85 Prozent fließen sie *somit direkt als Strompreisentlastung an die Bürgerinnen und Bürger sowie die* Wirtschaft zurück. Auch die übrigen Einnahmen kommen direkt Bürgerinnen und Bürgern zugute. Denn *auch* durch sie können essentielle soziale Programme wie die Förderung beim Heizungstausch – gerade auch der Bonus für Menschen mit niedrigeren Einkommen – oder die Energieberatung auch nach dem Wegfall von 60 Milliarden Euro in Folge des Urteils finanziert werden.